



Medienmitteilung der EVP Aargau zu den Vorlagen vom 09. Juni 2024

Parolenfassung der EVP zu den Vorlagen vom 9. Juni 2024

An ihrer Parteiversammlung vom 23. April hat die Evangelische Volkspartei (EVP) Aargau die Ja-Parole für den kantonalen Klimaartikel beschlossen. Sie bestätigte zudem die Parolen der EVP Schweiz und sagte Nein zur Prämientlastungsinitiative sowie Ja zur Kostenbremse-Initiative. Zudem steht die EVP Aargau klar hinter dem Energiegesetz und dem Stromversorgungsgesetz und fasste eine deutliche Nein-Parole zur Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».

Grossrat Christian Minder informierte über den Klimaparagrafen, der Massnahmen gegen die Klimaerwärmung und Anpassungen an neue klimatische Bedingungen zum Ziel hat. Der neue Verfassungsartikel sei breit abgestützt und gebe Planungssicherheit für Innovation im Umweltsektor. Die eindrücklichen Statistiken zur Klimaerwärmung führte zu einer ausgiebigen Diskussion und zu einer deutlichen Ja-Parole.

Grossrätin Therese Dietiker definierte die Prämien-Entlastungsinitiative als weitere Budgetsanierung der Privathaushalte nach der Annahme der 13. AHV-Rente. Die Deckelung der Prämie bei 10 % des Einkommens werde Bund und Kantone ähnlich hohe Summen kosten. Die EVP-Mitglieder äusserten grosses Verständnis für Familien und Menschen, die knapp über der EL-Grenze leben und mit der Initiative entlastet würden. Weil das Gesundheitswesen jedoch von den Kantonen verantwortet wird, ist die übermässige Kostenbeteiligung des Bundes das falsche Mittel gegen die hohen Prämien. Die EVP lehnte die Initiative deshalb deutlich ab.

Für die Kostenbremse-Initiative, die von Alt Nationalrätin Lilian Studer vorgestellt wurde, fasste die EVP Aargau die Ja-Parole nach einer Diskussion über die Anspruchshaltung von PatientInnen und die vielen Reformen im Gesundheitswesen, die nicht den gewünschten Erfolg brachten. Lilian Studer erwartet von den unzähligen Gesundheitsakteuren eine konstruktivere Mitarbeit zur Sanierung des Gesundheitswesens.

Peter Rytz, Vizepräsident der EVP Aargau informierte über die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit». Die geforderten Grundrechte seien in der Verfassung bereits verankert. Bei einer Annahme würden viele Unklarheiten entstehen. Die EVP-Mitglieder diskutierten über ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Die Initiative bilde das ungute Gefühl ab, dass unser Leben immer mehr fremdgesteuert sei, weshalb die Forderungen nachvollziehbar seien. Die EVP-Aargau fasste eine klare Nein-Parole für die Stopp-Impfinitiative.

Grossrat Dr. Roland Frauchiger stellte das Energiegesetz und Stromversorgungsgesetz vor, wogegen das Referendum erhoben wurde. Ziel der vier Vorlagen sei es, jederzeit genügend Energie in der Schweiz anbieten zu können und auch in den langen Winternächten die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu

müsse mehr Strom im Inland über Solaranlagen, Windparks und mit Wasserkraft produziert werden. Die Vorlagen sehen einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien vor und sorgen deshalb aber für Konflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz. Die EVP-Mitglieder stellten sich hinter das Energie- und Stromversorgungsgesetz und lehnten das Referendum fast einstimmig ab. Dies nach einer Diskussion über die Abhängigkeiten, die mit dem grossen Energiekonsum entstehen und der Hoffnung, dass das Potenzial der nachhaltigen Energiegewinnung im Inland ausgeschöpft werden kann.

Aarau, 26.04.2024

Für Auskünfte:

Therese Dietiker, Co-Präsidentin EVP AG, Grossrätin, 077 411 68 03

Dr. Roland Frauchiger, Co-Präsident EVP AG, Grossrat, 079 416 62 49